

GROSSER RAT

GR.18.139

VORSTOSS

**Interpellation der FDP-Fraktion (Sprecher Herbert H. Scholl, Zofingen) vom 26. Juni 2018
betreffend Auswirkungen der eidgenössischen Volksinitiative "Für Ernährungssouveränität.
Die Landwirtschaft betrifft uns alle"**

Text und Begründung:

Die Ernährungssouveränitäts-Volksinitiative verpflichtet den Bund, die Schweizer Landwirtschaft durch einen höheren Grenzschutz und planwirtschaftliche Staatseingriffe vor ausländischer Konkurrenz zu schützen und den Strukturwandel mit verschiedenen Instrumenten aufzuhalten. In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Erachtet es der Regierungsrat als notwendig, den laufenden Strukturwandel in der Landwirtschaft aufzuhalten, sei es durch neue Vorschriften, Subventionen oder zusätzliche Markteingriffe?
2. Erachtet der Regierungsrat eine Rückkehr zur staatlichen Preis- und Mengensteuerung in der Landwirtschaft als erforderlich?
3. Unterstützt der Regierungsrat die Erhebung zusätzlicher Zölle und den Erlass von Importverboten auf nicht nachhaltig produzierten Lebensmitteln?
4. Welche Auswirkungen erwartet der Regierungsrat auf Konsumenten, Landwirte, Nahrungsmittelindustrie und Exportunternehmen?
5. Unterstützt der Regierungsrat diese Volksinitiative oder lehnt er sie ab?